



Gesamtbericht

nach Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EG)
Nr. 1370/2007

des

Zweckverbands Oberhessische
Versorgungsbetriebe (ZOV-Verkehr)

Hanauer Straße 15, 61169 Friedberg / Hessen

für das Berichtsjahr 2010

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung	3
1.1.	Rechtliche Grundlage und Umsetzung	3
1.2.	Zuständige Behörde und Veröffentlichung	3
2.	Beschreibung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen	4
2.1.	Lokaler Busverkehr	4
3.	Qualitätsstandards und Qualitätsmanagement	5
3.1.	Bedienungsqualität	5
3.2.	Beförderungsqualität	5
3.3.	Vertrags- und Qualitätscontrolling	6
4.	Betreiber öffentlicher Dienstleistungsaufträge	6
4.1.	gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen i. S. von Art. 2 e VO (EG) 1370/2007	10
5.	Ausgleichsleistungen	10
6.	Wettbewerb	11
6.1.	Ergebnisse eigenwirtschaftlicher Genehmigungsverfahren	11
6.2.	Vergabeverfahren im lokalen Busverkehr	11

1. Vorbemerkung

1.1. Rechtliche Grundlage und Umsetzung

Am 3. Dezember 2009 ist die „Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße“ (VO 1370) in Kraft getreten. Diese verlangt von den zuständigen Behörden einen Gesamtbericht nach Art. 7 Abs. 1:

„Jede zuständige Behörde macht einmal jährlich einen Gesamtbericht über die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen, die ausgewählten Betreiber eines öffentlichen Dienstes sowie die diesen Betreibern zur Abgeltung gewährten Ausgleichsleistungen und ausschließlichen Rechte öffentlich zugänglich. Dieser Bericht unterscheidet nach Busverkehr und schienengebundenem Verkehr, er muss eine Kontrolle und Beurteilung der Leistungen, der Qualität und der Finanzierung des öffentlichen Verkehrsnetzes ermöglichen und gegebenenfalls Informationen über Art und Umfang der gewährten Ausschließlichkeit enthalten.“

1.2. Zuständige Behörde und Veröffentlichung

Die VO 1370 definiert in Art. 2 b) die „zuständige Behörde“ wie folgt:

„Jede Behörde oder Gruppe von Behörden eines oder mehrerer Mitgliedstaaten, die zur Intervention im öffentlichen Personenverkehr in einem bestimmten geografischen Gebiet befugt ist, oder jede mit einer derartigen Befugnis ausgestattete Einrichtung.“

Die Landkreise Wetterau, Vogelsberg und Gießen sind Aufgabenträger für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Sinne des „Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (HÖPNVG) vom 1. Dezember 2005“, zuletzt geändert am 16. September 2011. Die Aufgabenträgerschaft ist von den genannten drei Landkreisen auf den Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV-Verkehr) übertragen worden. Ausgenommen hiervon ist das Gebiet der Stadt Gießen, die als Sonderstatusstadt selbst die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV innehat.

ZOV-Verkehr ist somit für die Kreise Wetterau, Vogelsberg und Gießen zuständige Behörde im Sinne der VO 1370 und hat über die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Bereich lokaler Buspersonennahverkehr einmal jährlich einen Gesamtbericht öffentlich zugänglich zu machen.

Mit dem vorliegenden Bericht kommt ZOV-Verkehr der Veröffentlichungspflicht entsprechend Art. 7 Abs. 1 der VO 1370 für das Jahr 2010 nach.

2. Beschreibung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen

Nach Art. 2 e) VO 1370 definiert sich die „gemeinwirtschaftliche Verpflichtung“ als:

„Eine von der zuständigen Behörde festgelegte oder bestimmte Anforderung im Hinblick auf die Sicherstellung von im allgemeinen Interesse liegenden öffentlichen Personenverkehrsdiensten, die der Betreiber unter Berücksichtigung seines eigenen wirtschaftlichen Interesses nicht oder nicht im gleichen Umfang oder nicht zu den gleichen Bedingungen ohne Gegenleistung übernommen hätte.“

Wesentlich für die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung im Sinne der Definition von Art. 2 e) VO 1370 ist, dass der Betreiber für die Übernahme der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung eine Gegenleistung erhält, die er unter Berücksichtigung seines eigenen wirtschaftlichen Interesses nicht oder nicht in gleichem Umfang bzw. nicht zu den gleichen Bedingungen übernommen hätte.

2.1. Lokaler Busverkehr

Für die in Zuständigkeit des ZOV-Verkehr liegenden lokalen Personennahverkehre verwendet dieser standardisierte Vergabe- und Vertragsunterlagen, die eine dezidierte, vertragspezifische Darlegung einzelner gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen entbehrlich macht. Die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen wird durch den Abschluss öffentlicher Dienstleistungsaufträge gemäß Art. 4 Abs. 1 VO 1370 (Verkehrs-Service-Verträge) sichergestellt. Diese Verträge haben im Wesentlichen folgende Inhalte:

- Einhaltung des vorgegebenen Betriebsprogramms (Fahrplan) und der Fahrzeugkapazitäten
- Einhaltung der Mindestanforderungen (Ausstattung und Fahrzeugalter) an die einzusetzenden Fahrzeuge
- Einsatz von Fahrpersonal, das den Anforderungen hinsichtlich Erscheinungsbild und Kompetenzen genügt
- Entlohnung des Fahrpersonals nicht unterhalb eines Mindesttarifniveaus „Tarifvertrag des Landesverbandes Hessischer Omnibusunternehmer (LHO)“
- Anwendung des RMV-Tarifs und der „Gemeinsamen Beförderungsbedingungen und Tarifbestimmungen des RMV“
- Einhaltung von Vorgaben zum Vertrieb und zur Fahrgeldsicherung
- Überprüfung der Leistungserbringung im Rahmen von Qualitätserhebungen und Kontrollsystemen
- Berichts- und Meldepflichten der Auftragnehmer

2.2. Regionaler Busverkehr und Schienenpersonennahverkehr

Der Regionale Busverkehr und Schienenpersonennahverkehr liegt im Zuständigkeitsbereich der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV).

3. Qualitätsstandards und Qualitätsmanagement

Die Beförderungsqualität im ZOV-Verbandsgebiet richtet sich vor allem nach der Bedienungs- und Beförderungsqualität der vom RMV vorgegebenen Tarif- und Beförderungsbedingungen. Bedienungshäufigkeit, Erschließungsqualität bzw. die geforderten Qualitätsstandards für die eingesetzten Busse sind darüber hinaus im aktuell gültigen Nahverkehrsplan für den Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe – Fortschreibung 2009-2013 (NVP) niedergelegt, sowie die Konkretisierung in den Festlegungen der Ausreichenden Verkehrsbedienung (AVB).

3.1. Bedienungsqualität

Die Bedienungsqualität umfasst die Verfügbarkeit der angebotenen ÖPNV-Dienstleistung im Hinblick auf Raum, Zeit und Häufigkeit. Zu den festgelegten Anforderungen an die Verbindungs- und Bedienungsqualität s.a. Kapitel 4.4 des NVP.

3.2. Beförderungsqualität

a) Fahrzeuge

Anforderungen an die Fahrzeuge werden in Kapitel 4.5 des NVP definiert und für Busse in Anlage 2 der AVB konkretisiert.

b) Fahrpersonal

Vorgaben an das Fahrpersonal sind in Kapitel 4.6 des NVP niedergelegt.

c) Haltestellen

- gesetzliche Haltestellenausstattung nach § 32 BOKraft (i.d.R. in der Verantwortung der Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH, Friedberg/H. (VGO))
- Haltestellenkennzeichnung nach RMV-Gestaltungsregeln

d) Betriebsorganisation

- Betriebsstörungsmanagement (Verbindliche Regeln zum Umgang mit Betriebsstörungen)
- Beschwerdemanagement

e) Verkehrsintegration

ZOV-Verkehr stellt über die VGO sicher, dass unabhängig vom jeweiligen Betreiber der einzelnen Linien(bündel) integrale Grundsätze der Bedienungs- und Beförderungsqualität gewahrt werden. Dazu nimmt die VGO bestimmte Aufgaben des ÖPNV-Managements betreiberübergreifend wahr:

- Haltestellenmanagement
- Verwaltung der Tarifdaten
- Einnahmenabrechnung und Verbundmeldung
- Leistungen der ServiceZentren/Mobilitätszentralen
- Verwaltung und Fortschreibung der Fahrplandaten

3.3. Vertrags- und Qualitätscontrolling

ZOV-Verkehr bedient sich zur Überprüfung der Einhaltung vertraglicher Vorgaben des elektronischen Vertragsmanagementsystems „eVMS“ sowie der Qualitätsdatenbank „Q-DABA“. Das hierin implementierte Qualitätsmanagementsystem basiert auf definierten Standards zu ausgewählten Qualitätskriterien auf Basis der geschlossenen Verkehrs-Service-Verträge. Die Betreiber öffentlicher Dienstleistungsaufträge sind vertraglich verpflichtet, alle erforderlichen Angaben zur Leistungserfüllung zu machen (sog. Berichtspflichten).

Mit Vorgenanntem sowie den standardisierten vertraglichen Regelungen wird die Einhaltung der öffentlichen Dienstleistungsaufträge überprüft und gewährleistet. Im Fall der Nicht- oder Schlechterfüllung vertraglicher Vorgaben steht ZOV-Verkehr neben dem Qualitätsmesssystem ein umfassendes Instrumentarium zur Reduzierung der Ausgleichsleistungen oder Verhängung von Vertragsstrafen zur Verfügung. Im Fall gravierender und dauerhafter Vertragsverletzungen ist die Kündigung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages durch ZOV-Verkehr möglich.

4. Betreiber öffentlicher Dienstleistungsaufträge

Der ZOV schließt mit den Betreibern öffentlicher Personenverkehrsdienste gemäß Art. 2 d) VO 1370, Verkehrs-Service-Verträge im Sinne öffentlicher Dienstleistungsaufträge (öDA) nach Art. 2 i) VO 1370 ab:

„Einer oder mehrere rechtsverbindliche Akte, die die Übereinkunft zwischen einer zuständigen Behörde und einem Betreiber eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages bekunden, diesen Betreiber eines öffentlichen Dienstes mit der Verwaltung und Erbringung von öffentlichen Personenverkehrsdiensten zu betrauen, die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unterliegen.“

Im Berichtszeitraum bestanden folgende Liniengenehmigungen nach § 42 PBefG, teilweise mit Übertragung der Betriebsführung (BF) auf die Verkehrsgesellschaft Oberhessen (VGO), wobei der Genehmigungsinhaber dann als Subunternehmen der VGO tätig ist:

b) Landkreis Gießen

Linienbündel	Liniennummer	Konzessionsinhaber	Subunternehmen	BF	Konzession bis
Biebertal/Heuchelheim	410	VB Weber		VGO	14.12.13
	419				
	420				
Grünberg/Fernwald	110	RKH		VGO	e. E.
	220				
	600				
Lich	231	ESE			13.12.14
	700				
Lich ALT	ALT 230	VGO	Taxi 1000		13.12.14
Grünberg	70	VGO	HLB Hessenbus		10.12.16
	71		HLB Hessenbus		
	72		HLB Hessenbus		
	ALT 73		Holzapfel		
	74		HLB Hessenbus		
ALT 74	Holzapfel				
Wettenberg	81	VB Weber			10.12.16
	82				
Linden/Langgöns	32	VGO	VB Weber		09.12.17
	35				
keine Zuordnung	AST 378	VGO	Michel-Taxi bis 11.12.		10.12.16
	AST 379		ab 12.12. Taxi Blitz		
Hungen/Lich	60	VGO	Hasenauer		09.12.17
	61				
Buseck/Reiskirchen	140	Schwalb			09.12.17
	141				
	142				
	143				
Lollar/Lumdataal	51	Erletz			09.12.17
	52				
	55				
BF = Betriebsführer					
e. E. = einstweilige Erlaubnis					

VGO = Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH, Friedberg
 VB Weber = Verkehrsbetrieb Weber GmbH, Biebertal
 RKH = Regionalverkehr Kurhessen GmbH, Kassel
 ESE = ESE Verkehrsgesellschaft mbH, Staufenberg
 Erletz = Erletz Reisen GmbH, Staufenberg
 Michel-Taxi GmbH, Gießen

HLB = HLB Hessenbus GmbH, Frankfurt
 Holzapfel = Minibus Holzapfel, Buseck
 Hasenauer = Karl Hasenauer GmbH & Co. KG, Schotten
 Schwalb = Verkehrsbetrieb Dieter Schwalb, Buseck
 Taxi 1000, Lich
 Taxi Blitz, Gießen

Grau unterlegte Linienbündel wurden auf Basis einer eigenwirtschaftlichen Genehmigung betrieben.

c) Wetteraukreis

Linienbündel	Liniennummer	Konzessionsinhaber	BF	Subunternehmen	Konzession bis
Nidda	FB-18	RKH	VGO		14.12.13
	FB-21				
	FB-27				
	FB-34				
	FB-37				
Butzbach	FB-100	HLB Hessenbus	VGO		14.12.13
	FB-200				
	FB-210				
	FB-300				
	FB-401				
	FB-500				
Florstadt	FB-01	Stroh/Balser	VGO		13.12.14
	FB-03				
	FB-04				
Friedberg	FB-02	VM	VGO		13.12.14
	FB-08				
	FB-09				
	FB-10				
	FB-16				
Kleinbus-Teil der FB-16	FB-16 K	Stadt Rosbach		Taxi Bas	13.12.14
Bad Nauheim	FB-11	Stadtwerke Bad Nauheim GmbH		HLB Hessenbus	13.12.14
	FB-12				
	FB-14				
	FB-15				
Büdingen/Gedern	FB-20	Stroh/Balser	VGO		13.12.14
	FB-22				
	FB-23				
	FB-24				
Bad Vilbel	FB-60	Stadtwerke Bad Vilbel GmbH		Alpina bis 29.5. ab 30.5. First Group	31.05.18
	FB-61				
	FB-62				
	FB-63				
	FB-64				
Altenstadt/Büdingen	FB-41	Stroh bis 31.8. ab 1.9. VGO		ab 1.9. Stroh	10.12.16
	FB-42				
	FB-43				
	FB-44				
	FB-45				
	FB-71				
Wöllstadt/Karben	FB-05	Stroh bis 31.8. ab 1.9. VGO		ab 1.9. Stroh	10.12.16
	FB-06				
	FB-07				
	FB-26				

BF = Betriebsführer

VGO = Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH, Friedberg
 RKH = Regionalverkehr Kurhessen GmbH, Kassel
 HLB = HLB Hessenbus GmbH, Frankfurt
 Stroh = Stroh Bus-Verkehrs GmbH, Altenstadt
 Balser = Balser Reisen GmbH, Büdingen

VM = Verkehrsgesellschaft Mittelhessen GmbH, Usingen
 Taxi Bas, Friedberg
 FirstGroup = FirstGroup Rhein-Neckar GmbH, Speyer
 Alpina = Alpina Veolia Verkehr Rhein-Main GmbH

4.1. Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen

Nach Art. 2 c) VO 1370 definiert sich die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung als:

„Eine von der zuständigen Behörde festgelegte oder bestimmte Anforderung im Hinblick auf die Sicherstellung von im allgemeinen Interesse liegenden öffentlichen Personenverkehrsdiensten, die der Betreiber unter Berücksichtigung seines eigenen wirtschaftlichen Interesses nicht oder nicht im gleichen Umfang oder nicht zu den gleichen Bedingungen ohne Gegenleistung übernommen hätte.“

Den unter Ziffer 4 genannten Betreibern sind per Vertrag folgende gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen auferlegt worden:

- Durchführung der Buspersonennahverkehrsleistungen auf den in Ziffer 4 genannten Linien mit insgesamt 11.674.000 Nutzwagenkilometern durch den Einsatz von insgesamt 324 Fahrzeugen zu einem Bestellentgelt in Höhe von 22.676 T€.
- ausschließliche Anwendung des RMV-Gemeinschaftstarifs
- Erfüllung der unter Ziffer 3.1 und 3.2 beschriebenen Qualitätsanforderungen

5. Ausgleichsleistungen

Ausgleichsleistungen und/oder ausschließliche Rechte nach Art. 3 Abs. 1 VO 1370:

„Gewährt eine zuständige Behörde dem ausgewählten Betreiber ausschließliche Rechte und/oder Ausgleichsleistungen gleich welcher Art für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen, so erfolgt dies im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages.“

Als „Ausgleichsleistung für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen“ bezeichnet die VO 1370 in Art. 2 g) *„(j)eden Vorteil, insbesondere finanzieller Art, der mittelbar oder unmittelbar von einer zuständigen Behörde aus öffentlichen Mitteln während des Zeitraums der Erfüllung einer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung oder in Verbindung mit diesem Zeitraum gewährt wird“.*

Die Betreiber haben für den auferlegten Verkehr im Berichtszeitraum folgende Ausgleichsleistungen erhalten:

Landkreis	Fahrzeuge	NwKm (in Tsd.)	Ausgleichsleistung*
Wetteraukreis	148	6.876	3.830 T€
<i>davon:</i>			
VGO	136	6.227	3.775 T€
<i>Stadtverkehre Bad Nauheim und Bad Vilbel</i>	12	649	55 T€
Landkreis Gießen	81	2.613	1.275 T€
Vogelsbergkreis	95	2.185	1.117 T€
Summe	324	11.674	6.222 T€

* Zuwendung lokaler Verkehr (ZwIV), Infrastrukturkostenhilfe (IKH), Strukturhilfe ländlicher Raum (SHLR), Kooperationsförderung, Schwerbehindertenausgleich (§145 SGB)

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Querverbundes von der OVVG-Holding anteilige Verluste der VGO resultierend aus der Beauftragung von Verkehrsleistungen in Höhe von 1.504 T€ übernommen. Hiervon entfielen auf den Wetteraukreis -292 T€, den Landkreis Gießen 479 T€, den Vogelsbergkreis 1.317 T€.

6. Wettbewerb

6.1. Ergebnisse eigenwirtschaftlicher Genehmigungsverfahren

Im Berichtsjahr 2010 wurden keine eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren durchgeführt.

6.2. Vergabeverfahren im lokalen Busverkehr

Im Berichtsjahr 2010 wurden keine europaweiten Vergabeverfahren durchgeführt.